

**Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie**  
**Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen**

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin  
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schäferstraße 6  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

**Insertionspreis:**  
die sechsgesparte Rotonelzelle 40 Pf., für Mitglieder 30 Pf.  
**Schluß für Interate:** Montag Mittag 12 Uhr.

Die gegenwärtige Krise in der Brauindustrie macht es jedem Arbeiter in der Brauindustrie zur Pflicht, sich zum Schutze seiner Interessen dem Brauereiarbeiterverband anzuschließen!

# 17. Verbandsitag des Zentralverbandes der Brauereiarbeiter und verw. Berufsgenossen vom 7.—10. Juni 1910 im Gewerkschaftshaus Berlin.

**Provisorische Tagesordnung:**

1. a) Konstituierung des Verbandstages.
- b) Beratung über die Tages- und Geschäftsordnung.
2. Bericht des Hauptvorstandes:
  - a) des Hauptvorsitzenden,
  - b) des Hauptkassierers,
  - c) des Rekordateurs.
3. Bericht des Verbandsausschusses.
4. Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband.
5. Beratung aller die Änderungen der Statuten betreffenden Fragen.
6. Die Reichsversicherungsordnung.
7. Verschiedene Anträge.
8. Wahl der Beamten.
9. Wahl des Vorortes des Verbandsausschusses und des Vorsitzenden des Verbandsausschusses.
10. Wahl des Votaries für den nächsten Verbandstag.

# Der Hauptvorstand

# Der Wahlrechtsentwurf nach der dritten Sesung.

Am 16. März hat das preußische Abgeordnetenhaus die Wahlrechtsvorlage in dritter Lesung eingemessen, nicht etwa das Machwerk der Regierung, sondern ein noch viel schlimmeres Scheusal, so vorzüglich, wie es kaum ein Beinhmann-Hutweg verantwortet hätte. Nach den preußischen Verfassungsvorschriften muß nunmehr binnen 21 Tagen nach der dritten Lesung eine wiederholte Abstimmung stattfinden, worauf das Gesetz an das preußische Herrenhaus gelangt. Wenn das Herrenhaus etwas an dem Gesetz, so kann sich das Abgeordnetenhaus entweder diesen Beschlüssen anschließen oder es beschließt seinerseits anders, worauf das Gesetz solange zwischen beiden Häusern hin- und herwandert, bis übereinstimmende Beschlüsse erzielt sind. Dann steht dem König noch immer das Recht der Sanktion (Genehmigung) oder Verwerfung zu. Eine Ausübung dieses letzten Rechtes dürfte nach parlamentarischer Voraussicht in diesem Falle ausgeschlossen sein, denn einmal hat sich die preußische Regierung mit ihrer Wahlrechtsvorlage völlig in die Hände der Landtagsmehrheit gegeben und damit für Preußen das parlamentarische Regime etabliert, und dann hat der preußische Ministerpräsident auch bereits die Zustimmung der Regierung zu den Landtagsbeschlüssen erteilt. Die Resignation der Regierung ging sogar so weit, daß der Geheimrat v. Faltenhahn in dritter Lesung ausdrücklich das Abgeordnetenhaus davor warnte, den Motiven der Regierungsvorlage, also der Begründung derselben, noch irgendwelche Bedeutung beizulegen. Dafür also hat die Regierung jahrelange Vorbereitungen nötig gehabt, umfangreiche Wahlstatistiken veranlaßt und veröffentlicht und mit ihrem Entwurf und dessen Begründung den Sinn des preußischen Volkes herausgefordert, um das alles jetzt unter den Antritten der Mehrheitsparteien auf den Schindanger zu werfen. Eine Regierung, die sich in solcher Weise selbst beschwert, hat seinerlei Gründäche und Ideale zu verteidigen, die das Wahlrechtsrecht der Krone angehen. Höchstens könnten Erwägungen, die außerhalb der Sphäre des Parlaments liegen, Notwendigkeiten, die von sehr realen Macht faktoren außerhalb des preußischen Landtages dictiert werden, die Regierung oder die Krone noch in letzter Stunde vielleicht berücken; denn zustande gekommenen Machwerk die Zustimmung zu bezeichnen.

Diese Maßnahmen hat die Landtagsmehrheit bei ihren bisherigen Beschlüssen absichtlich ignoriert. Herr v. Seehde brachte bei der dritten Lesung des Entwurfs:

Wir sind gar nicht im Zweifel darüber, daß das, was hier beschlossen werden wird, ganz gewiß nicht überall Weißall finden wird. Wir sind ganz sicher, daß die Theoretiker und Phantasten und alle diejenigen, die das preußische Volk und sein ganzes Wesen nur von außen her kennen, mit der Vorlage nicht einverstanden sind. Am allermeisten sind wir aber davon überzeugt, daß das Gehege des Weißalls den Maßen nicht entspricht. Nur sind aber auch ganz sicher, daß mit dem Tage, wo das der Fall wäre, wir für die Zukunft schrecken zu fürchten beginnen. Und es beruhigt uns daher, daß die Freie Universität dem Werk nicht zulässt.

Dieser Vührer der preußischen Sintiernpartei weiß also sehr gut, ob die Leute im Hause der Wehr bei jenen preußischen ehemaligen Kämpfern hundert den Kreuzen auf das Sonntagsfest! — Er ist sicher gewiss auf den Erfolg der Rassen, auf ihre Anerkennung gesetzt! — ja, er kann sogar die Prädikung dieser Kollektivschaft als eine barte und freche Tat! — Sie sind bestimmt, da die überseinen Hoffnungen der preußischen Geheimvereinigung befreit. Herr Dr. Schumann-Gallmeier hat dem Sonntagsfest bereits zugesagt; er übernimmt damit zugleich die Rechtsverfügungen für die Worte der Kirmes, bestehend in einer Erinnerung an eine andere Predigtung der Gallmeier, nicht zu unterschätzen. — Der Raum, wo es wird, ist zu entdecken. Aber Herr von Schleinitz allein fehlen? Nun müssen jedoch, aber ob auch er sicher kommt? — zum Auftakt noch etwas will. Herr Dr. Denkendorf und Herr Dr. Schumann-Gallmeier, die beiden verdeckten preußischen Kämpfer, so breit mit Willen einer kleinen Rücksicht gegenüberstehen, haben wahrscheinlich sehr erkannt, denn wenn sie Gallmeier nicht dem Sonntagsfest überlassen werden, werden sie doch

sie für die Gegenwart und Zukunft Preußens doch wohl ein ausschlaggebenderer Faktor ist, als das preußische Junkertum mit seinem verbündeten Pfaffenanhänger! Es bedarf nur noch solcher dreister Propagandationen, wie der Landtagabeschlüsse dritter Lesung, und solcher nichtsnutziger Herausforderungen des Volkes, wie der Reden der Hohdebrand-Bedlich-Stichhofen, um die große Platte zu Schritte hinzureißen, die für Preußens Industrie und wirtschaftliche Wohlfahrt von tiefeinschneidendster Bedeutung werden könnten. Dann dürfte sich — zu spät — herausstellen, auf welchen Schultern die Zukunft Preußens ruht.

Die Landtagsbeschlüsse dritter Lesung haben die Situation der preußischen Wahlrechtsfrage völlig umgedreht. In Stelle der direkten und öffentlichen Wahl der Urmüher ist die indirekte, aber geheime Wahl getreten. Die letztere beschränkt sich aber auf die Urmüher; die Wählmänner haben den Abgeordneten nach wie vor öffentlich zu wählen. Das Dreiklassenystem soll erhalten bleiben. Die Abschwächung der plutokratischen Wirkung, die der Vorschlag der Regierung bringen sollte, — durch Magniierung der angzurechnenden Steuerleistung auf 5000 M., ist vom konservativ-ultramontanen Wahlrechtsblod umgemorzen worden. Die Maximierung wurde auf 10 000 Mark erhöht. Von den zahlreichen Vorschlägen des Regierungsentwurfs, die eine Emporhebung von Wählern dritter Klasse in eine höhere bezweckten, hat das Abgeordnetenhaus keinen einzigen begrüßt. Wohl aber hat es an Stelle des Einjährig-Freiwilligenprivilegs und des Doktorprivilegs ein Abiturientenprivileg geschaffen, das den Inhabern des Reifezeugnisses ein Wahlrecht zweiter Klasse verleiht. Das Abiturium wird gemeinhin im Alter von 17—18 Jahren erworben. In diesem Stadium der Entwicklung eines männlichen preußischen Staatsbürgers entscheidet es sich, ob er wenigstens zweitklassig wird oder ob er ewig verbaumt sein soll, zur Kasse der Entzücketen zu zählen. Wer nicht zwei Jahre die Prima einer höheren Unterrichtsanstalt besuchen konnte, scheidet von vornherein dabei aus, — wer aber dank vermögender Eltern sich diese bevorzugte Qualifikationen erzielen konnte, und ihm es dann noch gelingt ebenfalls mit Hilfe der beliebten Preisen, die „Reifeprüfung“ zu bestehen, der hat erreicht, was Millionen unerreichbar bleibt. Er rückt in die Reihen der „staatserhaltenden“ Klassen, die das preußische Unterregiment stützen dürfen.

Die Drittteilung nach Urwählerbezirken bleibt erhalten, trotz aller Anstrengungen der Nationalliberalen, sich durch Drittteilung der ganzen Wahlkreise an den Arbeiterwählern schadlos zu halten für das, was ihnen an anderer Stelle verloren geht. Die Urwähler sollen für Orte bis zu 3000 Einwohnern nach T e r m i n s - w a g e n vorgenommen werden. Das bedeutet Arbeitszeitverlust für die Wähler, aber auch Z u f o r t s c h a f t u n g d e r g e - e i m e n W a h l , für deren Sicherung nicht die mindesten Garantien gefordert oder geschaffen wurden. Bei der Terminwahl müssen alle Wähler zur gegebenen Stunde anwesend sein und so lange anwesend bleiben, bis der Wahlgang erledigt ist. Sie müssen ihr Stimmabgabe gleichsam „b o t v e r s o m m e l t e r M a n n s c h a f t“ ab - h e b e n , und wer da weiß, welche Wahlbeeinflussungen selbst beim Reichstagwahlrecht noch verbucht und häufig auch erfolgreich durchgeführt werden, der kann sich einen Begriff davon machen, wie es auf preußischen Gütern und Dörfern bei einer „g e h e i m e n“ Urwählerwahl zugehen mag! Das „geheime“ Wählen ist dann für die Landarbeiter und kleinen Leute auf dem Lande tatsächlich ausgeschaltet, nachdem es schon durch die Verbindung mit der im freien Wahl wertlos gemacht worden ist.

So sieht das Konstrukt aus, das nach den Landtagsbeschlüssen  
ritter Besuch und nach dem Willen der Regierung jetzt Gesetz  
werden soll. Gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, der Frei-  
mütigen, Nationalliberalen und Soien, sowie einiger konservativer  
Kegner der geheimen Wahl, wurde diese Vorlage mit 230 gegen  
18 Stimmen abgelehnt. Hinter den Mehrheits-  
parteien des Abgeordnetenhauses stehen nur etwa drei Zehntel der  
rechtmäßigen Urwähler, — auf Seiten der unterlegenen Minderheit  
hat die große Mehrheit der Wähler und die weitaus  
größere Mehrheit des preußischen Volks.

So liegen die Verhältnisse, wiser denen die preußische Regierung dem Volke ein Wahlgesetz aufzutragen will, das von diesem absehent und mit Entfernung zu rügigen wird. In allen Städten und Industriebezirken Preußens sind die Waffenmassen in Bewegung geraten. Dassentliche Versammlungen, Straßendemonstrationen und Massenmeetings treiben miteinander ohne Unterlass und bereits hat das Eingreifen der Polizei zu den berüchtigten Zusammenstößen geführt, bei denen Blut geflossen ist. Einigen Industriebezirken drohen die Arbeiter mit dem Massenstreik. — In Berlin ist es bereits zu einem Demonstrationstreit gekommen. In allen Kreisen des preußischen Staates gilt und findet es wie in einem Gegenleben — eine furchtbare Menge von Bitterung über das Vorgehen der Regierung und Sondergesetzesbeschafft hat sich angebaut. Es bedarf nur des letzten Zuschlages, um die Zustimmung und Freuden steht vor unabsehbaren Katastrophen. Sollten alle die erkennen, die auf das Staatsfeuer noch einen Tropfen hoffen, vor allem die Stände, die das Staatsrecht einem unschuldigen Staatsmann übertragen hat. Sei es ein Vorsatz oder so ist es in diesen Tagen während seine Stimme erhoben und die bedrohlichen Konsequenzen der preußischen Wahlgesetzgebung für die Sicherheit des Deutschen Reiches bemerkt. Auch die ausländische Presse sieht Zeichen bereits anzeigend einer Revolution und findet bestätigt, was die Bevölkerung der Polizei gegenüber geredet zu haben ist. In der Zukunft kann die unruhige ruhige Überlegung der Staatsmänner zwecklos werden, wenn sie durch großmägnipolitische Unpraktik von allen Seiten ausdrücklich isoliert haben und nicht nur die große Masse des Volkes für ihre Zukunft an einschlägigen Namen glauben könnten, sondern auch die politischen Parteien ihre Schläden tragen, wenn das Gesetz in Erforderniss ist? Die preußischen Jungen müssen vorwählen die ersten, die ihr Vaterland zum ersten Geschrei betonen. Ohne die große Masse kann es nicht gelingen.

mals wieder deutlich geworden. Und dieses Untertum übt noch heute wie ehedem seine Herrschaft in Preußen aus, zum Verhängnis des deutschen Volkes.

Aber das Volk ist seitdem längst mündig geworden. Es fordert einen gerechten Anteil an der Leitung des Stadtwesens, und eine Macht der Welt ist imstande, es wieder in der Erkenntnis um Jahrzehnte zurückzuschrauben. Die Wahlrechtsbewegung ist in atavienartigem Vorwärtsstreiten begriffen. Sie erfaßt bereits die Ländbevölkerung, sie ist bis tief in die Kreise der christlichen Arbeiterschaft hineingedrungen und schon schließen sich ihr wachsende Reihen des Bürgertums, der Angestellten und der bürgerlichen Intelligenz an. Kein Wahlrechtsmonstrum kann diese Bewegung zum Stillstand bringen. — kein Bethmann-Hollweg wird dem Lande die Kräfte entziehen können. Für reines ist imstande, das Volk mit Vertrauen zu erfüllen und die öffentliche Wohlfahrt vor schweren Katastrophen zu bewahren.

# Die gelben Fälscher und der christliche Arbeiterverein für Kuhn.

Das schamlose Verräterstückchen, das die christlich-gelbe  
Partei in Freiburg i. Br. an den Brauereiarbeitern  
verübt hat, läßt sich beim besten Willen der Herren, sich reinzu-  
schaffen, nicht aus der Welt schaffen: es bleibt bei den festgesetzten  
Tatsachen: sie haben die Brauereiarbeiter schmählich betrogen und  
rausgeschmissen. Da greifen sie denn zu den ergweifeltesten Mitteln,  
kundieren sich gegenseitig, attestieren sich ihre Unschuld und ent-  
hören voneinander die Beweismittel. Wahlerisch sind die Gelben  
gewesen, in der Anwendung der Mittel: sie lügen, wie es ihnen  
der Geist passt und können sich darin mit einer gewissen Sorte  
"Gefallen" geben lassen. Ihre Streitpreisrecherchungen über den  
Brauereiarbeiterverband nimmst du ja noch, der "mit einem nor-  
malen Belegschaftsernährung ausgestattet ist, ernst, mit Ausnahme der  
christlichen", deinen auch jedes Mittel recht ist. Und wie wenig die  
Gelben ernst zu nehmen sind, dokumentieren sie bei der Gelegen-  
heit, selbst durch eine

infame Fälschung,

en sie sich bei der Verteidigung ihres Arbeitervertrags schuldig machen. Und es ist nicht das erstmal, daß sie mit solchen Mitteln erieren; es ist ihnen zur Gewohnheit geworden. Zu der Nieder-icht des systematischen Streikbruchs und Arbeitervertrags gehört also die Infamie der Lüge zur Verbesserung des gelben bildes. Seltener haben wir Gelegenheit genommen, sie an den anget zu stellen; ihre Lügen charakterisierten sie zur Genüge, d ihre Lügen und Fälschungen waren so plump, daß es keines anderen Hinweises bedurfte, um selbst von den eigenen An-angern erkannt zu werden. Wer da Ehrgefühl genug im Leibe te, konnte sich der Gesellschaft jener Herren entschlagen. Und h in diesem Falle hätten wir die Fälschung passieren lassen und dem eigenen Nachdenken der Gelben überlassen, wenn sie nicht eiholl von den verbündeten „Christen“ übernommen worden en. Zur richtigen Kennzeichnung der gegenwärtigen Fälschung ssen wir etwas weiter ausholen.

Im rheinisch-westfälischen Gebiet wurde die ganzen Jahre durch — es ist auch jetzt noch nicht ganz und nicht überall schwunden — mehr wie wo anders der unerhörteste Terrorismus ausgeübt, um den Brauereiarbeiterverband nicht hochkommen zu lassen und den gelben Bund zu fördern. Im "Bund" ist Teilnahme am Streik verboten, auch heute noch, trotzdem dieses Verbot auf unsere unausgesetzte Kritik formell aus Statut entfernt wurde. So halten die Unternehmer eine eigene Schutzgruppe gegen die Unzufriedenen, die nach besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen strebten. Sie nutzten dieses Verbündnis des Bundes aber allzu sehr gegen die Brauereiarbeiter aus, so daß auch in den Kreisen der Bundesmitglieder Unzufriedenheit wuchs. Um diese zu erfüllen, fausten die Darmstädter Unternehmer den "Bund" im Jahre 1903 und verbündeten ihr gegen die Vergabe von jährlich 2000 M. nicht nur einen, sich an Streiks- und Boykotts auch in Zukunft nicht zu belügen, andernfalls der "Bund" auf Verlangen der Unternehmer das Geld zurückzahleßt müßte. So ausgerüstet mit dem und als Schutzgruppe hielten die Unternehmer nur auf den Augenblick, um das absolute Herrentum in den Betrieben am Rheinland-Westfalen wieder einzuführen. Es hatte nämlich Brauereiarbeiterverband, trotz des Terrorismus, in einer Reihe Städte nach die Unterwerfung erlämpft und vorteilhaftes abgeschlossen. Diese zu beseitigen war das Ziel der Unternehmer, die im zwischen den Boykottgruppen geschaffenen Sonnabend daher waren die Darmstädter Unternehmer, von einer Unterwerfung der Arbeiterorganisation und einem Lohnweichen wollten, aber durch die Vermehrung der Tarife im Umgang mit den Arbeitern gefordert haben. Um die Tarife beizulegen, mußte über der Erziger der Tarifverträge, der Brauereiarbeiterverband, niedergeworfen werden. Und wie richtig schaffung ist bewies Dr. C. Reugels, der damalige Vorsitzender des rheinisch-westfälischen Boykottgruppenverbands, bei seiner Eröffnung der Ausstellung 1905 erfolgten Lohnsteigerungen, wo er den Vertretern des Brauereiarbeiterverbands erklärte: „Sie sind keine Herren, wenn wir mit euren Tarifverträgen nicht einverstanden wären.“

Die Geschäftsführung zum Antritt nahm der Schutzbund bei  
seinen und im 1918 der vom Unternehmerischen Konsortium gegr.  
in Differenz mit der Bierbrauer-Konsolidation im Sohn im Jahre  
im Beisein derselben sie über 1000 eingesetzte Brauereiarbeiter  
erhielten. Der "BUND" blieb jedoch unabhängig von diesem bestehend,  
die ja bereits den Güting gegen den Brauereibund, wie  
sie zu gestehen. Ein freudigegeheut trauten die "Gelben"

hoch zu kommen. Aber auch der Hilfe der "Christen" hatten sich Unternehmer versichert. Kurz vor der Auspeitung der Brauereiarbeiter wurde der große Bergarbeiterstreit beendet. Nach Beendigung dieses Streites spendete der Verband der Brauereien dem christlichen Bergarbeiterverband 5000 M. Das macht immerhin verbindlich. Aber es kam noch eins hinzu. Die Christen hatten Hoffnung, daß der gelbe Bund sich ihnen anschließen würde, und die Unternehmer wollten dafür sorgen, daß dieses geschah. Es beschloß dann die Christen, in dem Abwehrkampf der Brauereiarbeiter gegen die Unterdrückung des Konsortiums und Vertragsrechts sich "passif" zu verhalten, ergriffen aber im übrigen vollständig die Partei der Unternehmer. Es war dies erfärliech, denn gegen den Bund als Verbündeten der Unternehmer durften sie nicht antreten, wenn sie ihn für sich gewinnen wollten; sie mußten ihr vielmehr in Schuß nehmen und seinen Verrat bedenken.

In Düsseldorf war der Bundesverein dem christlichen Gewerkschaftskartell angeschlossen. Dort warteten die organisierten Brauereiarbeiter die angekündigte Aussperrung nicht ab, sondern legten einige Tage vorher die Arbeit nieder, um wenn möglich dem Kampf eine günstige Wendung zu geben. Wir stellen hiermit auch gleichzeitig die irrtümliche Angabe in Nr. 10 richtig. Der "Bund" machte selbstverständlich den Streikbrecher. Das durften aber die Christen nicht gelten lassen, denn etwas auf Reputation der Öffentlichkeit gegenüber mußten sie doch halten. Die Streikbrecher waren dem christlichen Kartell angeschlossen, diese wollte man aber nicht laufen lassen, im Gegenteil, man hoffte, bald den ganzen gelben Bund im Christenlager zu sehen. So wurde denn von den Christen die Tatsache des Streikbrechers der Gelben aus der Welt zu lügen und zu beweisen versucht, daß die Streikbrecher keine Streikbrecher, sondern alles ehrenwerte Leute sind. In diesem Bemühen erblieb dann in dem Düsseldorfer Zentrumssorgan, dem "Düsseldorfer Tageblatt", vom Dienstag, den 25. April 1905, eine gegen die "Vollzeitzeitung" gerichtliche Notiz das Licht der Welt, dessen in Betracht kommende Stelle also lautet:

Eine besondere Wut hat die "Vollzeitzeitung" auf den "Bund der Brauergesellen", dessen Zweigverein seit einigen Monaten probisorisch (als Hospitantenvereinigung) dem christlichen Gewerkschaftskartell angeschlossen ist. Ausdrücklich ist hier betont, daß dieser "Bund" zwar keine christliche Gewerkschaft ist, jedoch in Düsseldorf im allgemeinen ausgezeichnete, von edlem Gewerkschaftsgeist besetzte Mitglieder besitzt. Streikbrecher ist von denselben, wie die "Vollzeitzeitung" fälschlich behauptet, nicht verübt worden, — das blieb einer Anzahl (ausgetretener) Mitglieder des sozialdemokratischen Brauerverbandes vorbehalten...

Dass die Christen in der Zentrumspresse, die ja nach dem Zentrumsmann Dr. Sigl lügen wie die Teufel und schwärzeln aus Prinzip", in Anbetracht der Umstände die Röhrigkeit auf den Kopf stellen und ihre schuhbeflockten Streikbrecher als "von eichem Gewerkschaftsgeist besetzte Mitglieder" bezeichnen, nimmt uns nicht weiter wunder. Das ist bei ihnen so des Landes Brauch, und besonders dann, wenn sie ein paar Seelen zu ergratzen hoffen. Diese Notiz aus dem "Düsseldorfer Tageblatt" finden wir nun auch in der "Bundes-Zeitung" Nr. 17 vom 27. April 1905.

Sie sind fast fünf Jahre seit der Zeit verstrichen. Die Hoffnung der Christen, daß der gelbe Bund sich ihnen anschließen würde, ist trotz der damaligen Hilfe beim Arbeiterkampf während der Aussperrung in Rheinland-Berlin nicht in Erfüllung gegangen. Das erwiederte ehrlicherweise Berger bei den Christen. Von Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften und der "Gewerkschaftsstimme" wurde der Bund erst unlängst als "gelbes Gewürze" bestitigt, aber die alte Liebe der gleichgearteten Seelen ist trotzdem nicht erloschen. In Freiburg i. Br. sind sie sich jetzt wieder zusammen zum gemeinsamen Arbeiterkampf und leihen sich gegenseitig die Massen der Lüge. Ein Mitglied des gelben Bundes, der in diesem Halle, aus Düsseldorf, schrieb, brachte in Nr. 7 der "Bundes-Zeitung" vom 17. Februar 1910 zur "Schreietzung" des gelben Bundes die vorhergehend wiedergegebene Notiz aus dem "Düsseldorfer Tageblatt" und der "Bundes-Zeitung" vom April 1905 und fügte diese Notiz zum passenden Gebrauch folgendermaßen an:

"Und was färbt damals die Düsseldorfer Vollzeitzeitung" während des Streites? Man höre:

Ausdrücklich sei hier betont, daß der Bund deutscher Brauergesellen keine christliche Gewerkschaft ist und im allgemeinen ausgezeichnete, von eichem Gewerkschaftsgeist besetzte Mitglieder besitzt. Streikbrecher ist von denselben nicht verübt worden, das blieb einer Anzahl Mitglieder des sozialdemokratischen Brauerverbandes überig."

Was das "Düsseldorfer Tageblatt", das Zentrumssorgan, seinerzeit zur Erhöhung der gelben Streikbrecher sorgte und von der "Bundes-Zeitung" übernommen wurde, legt jetzt das Mitglied des gelben Bundes in der "Bundes-Zeitung" der sozialdemokratischen Düsseldorfer "Vollzeitzeitung" zur Last, um die Sache rückwärts zu machen. Und daß es nicht nur ein Versehen, sondern eine bewußte Fälschung ist, wird dadurch bewiesen, daß der Gelbe aus der Notiz die Worte: "wie die "Vollzeitzeitung" fälschlich behauptet", ausliest, denn wenn er das nicht tut, mußte die Fälschung auch vom Unwissenden entdeckt werden.

Diese Satzreihe, die die Gerechtigkeit und Wahrheitsliebe des gelben Führers benötigt, ist aber noch nicht das interessanteste an der Sache. Zur Schreietzung und der gelben Arbeiterkämpfer in Freiburg i. Br. und auch gleichzeitig zur Schreietzung der mit ihnen verbündeten Christen wird die von den Christen gefälschte Notiz auch von dem Freiburger Zentrumssorgan des "Freiburger Tageblatt", aus auch von dem christlichen Arbeiterkämpfer aus seinem Blatt: "Zur Abwehr gegen sozialdemokratische Verächtigungen und Verleumdungen" benutzt. Also eine aus der Zentrumspresse zusammen, zur Schreietzung der Streikbrecher und zur Verteidigung des durch die Christen verherrlichten und als von den sozialdemokratischen Freien vertretenen Streikbrechern gefälschten Notiz, die von den Christen herührend bezeugt wird, wird in dieser gefälschten Form wieder von der Zentrumspresse aus, aus einem christlichen Arbeiterkämpfer heraus, aus gleicher Quelle und zur Abwehr gegen sozialdemokratische Verächtigungen und Verleumdungen. „Es passt nicht.“

Zu die christlich-gelben Arbeiterkämpfer sind einander mächtig und wichtig, was der Zentrumspresse befreit zu werden. Und es gibt noch Menschen, die sich von solcher Gesellschaft an der Seite herumführen und ihre Interessen mit Süßen treiben lassen!

## Der Bund deutscher Brauergesellen als Institut für Streikbrecherentlassungen.

Wie kann es über ein solches Bundes-Siegert gegen einen Beschuldigten in Düsseldorf sagen, das eigentliche Sowjet der Streikbrecherzettel, nicht den Bundes berichtet. Das Schöffengericht Düsseldorf sprach den Angeklagten in der Verhandlung am 29. Januar freies und legte Siegert sämliche Sätze aus.

Sieger legte Berufung ein. Das Berufungsgericht befürchtete, daß am 12. März mit der Sache und mit Siegert belastigt abgepflichtet sei. Es bleibt also bei der alten Entscheidung.

Gleichzeitig wollen wir Material aus der nächsten Zeit über

die 1½ und 2 Jahre in Eberswalde beschäftigt waren, sind Ende letzter und Anfang dieser Woche aus der Arbeit heraus nach Freiburg i. Br. als Streikbrecher gefahren.

Das Reisegeld erhielten sie von der Brauerei. Wer hat noch weiter Lust, dieser gelben Organisation anzuschauen?

## Ergebnis der Urabstimmung zur Frage der Verschmelzung mit dem Mähdem arbeiterverband.

Bahnhof	abgestimmt Gehältern	für Gehältern	gegen Gehältern	abgestimmt Gehältern	für Gehältern	gegen Gehältern	abgestimmt Gehältern
Lachen	7	6	1	—	—	—	—
Nauen	24	21	2	1	Konstanz	53	53
Alefeld	8	8	—	—	Krefeld	25	25
Altenburg	128	118	8	—	Mulheim	249	247
Amsterdam	21	19	2	—	Wahr	28	20
Andernach	33	33	—	—	Landesberg a. W.	28	28
Arschbach	36	24	12	—	Landesbütt	14	14
Arolsen	12	4	8	—	Landshut	232	238
Arnstadt	10	9	1	—	Langensalza	53	27
Aischenburg	91	54	37	—	Leipzig	460	405
Aischesleben	7	7	—	—	Leutkirch	14	18
Augsburg	184	134	—	—	Liegnitz	17	17
Aurich	40	32	8	—	Lindau	32	31
Bamberg	83	82	1	—	Lübeck	148	118
Bahreuth	70	40	30	—	Lübz	15	15
Bant	15	12	3	—	Ludenswalde	14	14
Berlin	1582	836	919	27	Ludwigshafen	96	35
Bernburg	17	15	1	—	Lüneburg	14	14
Bielefeld	242	235	7	—	Magdeburg	94	90
Blankenburg	6	6	—	—	Mainz-Wiesbad.	92	89
Böckum	26	17	9	—	Marienheim	187	167
Braunschweig	54	50	4	—	Meißen	42	16
Bremen	329	103	223	3	Menzel	15	8
Bremervörden	63	56	7	—	Mies	23	21
Breslau	412	410	2	—	Münden	22	16
Burg b. Magdeb.	16	15	1	—	Mölln	3	6
Burkeshude	6	6	—	—	Mülhausen i. Els.	21	21
Cassel	190	169	13	8	München a. Ruhr	10	10
Chemnitz	192	162	30	—	New Brandenburg	16	8
Celle	46	45	1	—	Neuhaldensleben	56	40
Clausthal	8	1	7	—	Neumünster	25	25
Coburg	17	15	1	—	Neustadt a. Orla	21	8
Cöln	184	158	21	5	Neustrelitz	5	5
Cöthen	20	20	—	—	Norden	5	5
Cottbus	12	12	12	—	Röderhausen	92	11
Crefeld	25	25	—	—	Rümmingen	350	263
Czarnowitz	6	6	—	—	Sachsen	11	10
Danzig	7	7	—	—	Offenburg	4	3
Darmstadt	65	49	16	—	Dagmersheim	19	19
Desau	51	41	10	—	Oldenburg	59	48
Detmold	22	18	4	—	Dittersleben	8	8
Doberan	10	10	—	—	Düsseldorf	26	25
Dortmund	153	86	66	1	Elmshorn	2	2
Dresden	981	404	565	12	Elmshorn	50	44
Duderstadt	9	9	—	—	Fallau	33	31
Duisburg	28	28	—	—	Flingstadt	26	3
Düsseldorf	136	134	2	—	Friedrichs	14	11
Eilenburg	31	30	1	—	Gotha	87	37
Einbeck	7	7	—	—	Großnaundorf	10	6
Eisenach	36	34	2	—	Hadeberg	51	44
Eiserfeld-Har-	75	67	7	1	Hallenberg	14	14
men-Reinscheid	25	25	—	—	Hannover	79	57
Elbing	13	13	—	—	Henningsburg	10	2
Elmshorn	21	19	2	—	Hettstedt	103	98
Erfurt	203	58	138	9	Höbel	7	2
Erlangen	54	51	3	—	Hohenburg	11	11
Eichwege	23	23	—	—	Hördel	32	24
Eissen	142	138	4	—	Hördel	11	3
Eilenburg	52	44	7	1	Hannover	11	15
Einsiedel	7	7	—	—	Hof	32	15
Eisenschmid	18	18	—	—	Hövel	5	5
Eisengarten	13	13	—	—	Hövelhof	29	29
Eisenthal	16	15	1	—	Hövelhof	20	8
Eisnitz	331	265	64	2	Hövelhof a. E.	21	21
Eisnitz	29	22	—	—	Hövelhof	86	75
Eisnitz	63	10	55	3	Hövelhof	16	16
Eisnitztal	52	52	—	—	Hövelhof	42	40
Eisnitztal	185	151	29	5	Hövelhof	72	49
Eisfeld	12	12	—	—	Hövelhof	67	45
Eislingen	22	22	—	—	Hövelhof	23	17
Eislingen	152	128	18	1	Hövelhof	6	6
Eisnitz	12	12	—	—	Hövelhof	29	23
Eichsfeld	75	29	45	—	Hövelhof	20	3
Eichsfeld	26	25	1	—	Hövelhof	58	34
Eichsfeld	13	13	—	—	Hövelhof	13	18</

## Bewegung im Berufe.

**Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.**

↑ Zugang ist fernzuhalten nach Biebrich a. Rh., Marburg, Freiburg i. Br., Aegidie b. Freiburg, Bruchsal (Malzfabrik) und Wartshausen b. Biberach (Malzfabrik).

### Brauereien.

↑ Elsinhorn. Tarifvertrag. Ein neuer auf drei Jahre gültiger Tarifvertrag wurde mit der Exportbrauerei, Aktiengesellschaft zu Elsinhorn, vereinbart. Die hierbei erzielten Verbesserungen sind im Vergleich zu den um 5 Mt. pro Hektoliter erfolgten Bierpreissteigerung nur minimale. Die Löhne wurden unter Bezugnahme der bisher üblichen geringeren Einstellungslöhne um 1 bis 2 Mt. pro Woche erhöht. Für das zweite und dritte Tarifjahr erfolgt eine weitere Lohnzulage von 1 Mt. resp. 50 Pf. pro Stunde.

Manche Wünsche der Kollegen, so die neunstündige Arbeitszeit, Urlaub, blieben diesmal noch unerfüllt. Auch darin wäre noch manches zu erreichen gewesen, wenn alle Kollegen darauf bestanden hätten.

↑ Herford. Eine gut besuchte Versammlung am 6. März beschäftigte sich mit der Frage, ob der bis zum 30. Juni laufende Tarifvertrag mit der Felsenkellerbrauerei gefündigt werden soll. Die Kündigung muss am 1. April geschehen, andernfalls läuft der Vertrag ein Jahr weiter. Der Bezirksleiter Brülling aus Dortmund hält ein mit Besitz aufgenommenes Referat über: "Tarifverträge im allgemeinen und der hier bestehende Tarifvertrag." Er betonte, dass die hier gezahlten Löhne nicht mehr mit der heutigen Lebenshaltung in Einklang zu bringen seien, aber auch die Arbeitszeit unter allen Umständen eine Verkürzung erfahrener müsse. Die Versammelten beschlossen einstimmig, den bestehenden Tarifvertrag zu kündigen. Die Verwaltung wurde beauftragt, gleich nach der Kündigung die nötigen Schritte zu tun, um einen neuen Tarifvertrag auszuarbeiten und diesen baldmöglichst der Firma zu übersenden. Kollege Supper forderte die Kollegen auf, bei den notwendig werdenden Verhandlungen für die einzelnen Arbeitertypen sich vollständig einzufinden, damit etwas Erfriedendes geschaffen werden könne. In Betracht kamen 120 Arbeiter. Es wurde dann noch über den Streit bei Lucas berichtet, wobei das Vorgehen der Verwaltung gehilligt wurde. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Kollege Supper, als Stellvertreter Kollege Höhne, beide in Bielefeld, vorgeschlagen. Unter Punkt "Verschiedenes" kam es zur Sprache, dass die Felsenkellerbrauerei vor zirka drei Wochen zwei Mann entlassen hat und heute ein Teil der Arbeiter Überstunde auf Überstunde machen müsse, was sofort verurteilt wurde. Die Versammelten verpflichteten sich einstimmig, keine Überstunden zu machen, um dadurch den beiden Kollegen die Möglichkeit zu geben, wieder in ihr altes Arbeitsverhältnis zurückzuführen. Die Versammelten verlangten von der Brauereileitung die Wiedereinführung der beiden Arbeiter.

↑ Köln. Weit über 500 Kollegen waren am Mittwoch, den 18. März, im Volkshause versammelt zur Beschlussfassung über die Tarifvorlage. Bezirksleiter Kollege Frank erstattete Bericht über den ganzen Gang der Lohnbewegung; er empfahl der Versammlung das bis jetzt Erreichte, wenn es auch herziglich wenig sei, zur Annahme, weil das nur als Provisorium zu betrachten sei und im Herbst (September) dieses Jahres wieder aufs neue Verhandlungen zum Abschluss eines allgemeinen Bezirkstarifs für Rheinland und Westfalen stattfinden. Mit dieser Vorlage sei umso mehr das eingeholt, womit Köln gegen andere Städte noch zurück war. Erreicht wurde eine halbe Stunde Verkürzung in der Präsenzzeit, Unzuwendung der Schichtlöhne der Heizer und Maschinisten in Wochenlöhne, ebenso wurde den Hilfsarbeitern ein Wochenlohn garantiert; so dass sie jetzt die in die Woche fallenden Feiertage extra bezahlt bekommen, während das früher nicht der Fall war. Der Lohn wurde für Brauer, Malzer, Küfer und Handwerker im Anfangslohn um 1 Mt. im Endlohn um 2 Mt. aufgebeffert. Er beträgt somit 29 bis 31 Mt. bei sechs Arbeitsstagen. Die Bierfahrer erhalten einen Anfangslohn von 27 Mt. (1 Mt. mehr), Endlohn 30 Mt. (2 Mt. mehr). Heizer und Maschinisten Anfangslohn 27 Mt., Endlohn 29 Mt., früher 25,50 bis 27 Mt. Außerdem werden die siebente oder achte Schicht mit 5 Mt. anstatt mit 4,25 bis 4,50 Mt. wie bisher bezahlt. Bei den Hilfsarbeitern hatten wir früher drei Stufen: unter 18 Jahren, 18 bis 20 Jahre und über 20 Jahre. Von jetzt ab heißt es: Hilfsarbeiter bis zu 19 und über 19 Jahre; auch diese erhalten eine Zulage von 1,50 Mt. bis 2 Mt. die Woche. In den anderen Bestimmungen traten nur unbesetzliche Veränderungen ein.

Nachdem lebhaft darüber diskutiert und von den meisten Rednern die Ungläubigkeit des Gebotenen hergehoben wurde, nahm man doch in Abetracht der Verhältnisse die Vorlage gegen eine kleine Minderheit an. Danach wiesen die Redner darauf hin, dass es jetzt nun an der Zeit sei, intensiv in die Agitation einzugehen und die Indifferenzen auf ihre Präsentation aufmerksam zu machen, damit im Herbst dieses Jahres das bestehende nachgeholt werden könne. Bis dahin sollen die Brauereien nicht mehr in der Lage sein, Versammlungen von Indifferenzen zu veranstalten, wo ein im Wortlaut einheitlich gehaltener Anschlag in allen Brauereien erlaubt. Es war darauf abgesehen, die getrennten Schichten einzuführen und den Brauereien weiterhin zu ihren Zwecken zu erhalten. In dem Anschlag heißt es:

Um Lohnstreitigkeiten zu vermeiden, haben wir uns entschlossen, Bierbrauerei zu wählen, um einen Lohntarif abzuschließen usw."

Man wollte damit den Unorganisierten die Sache so darstellen, als wenn auch sie gefragt würden und deshalb keinen Verband nötig hätten, trotzdem der Tarif schon abgeschlossen ist. Dieses Manöver ist aber auch den Indifferenzen zu plump und durchsichtig gewesen, und die Brauereien haben kein Glück mit diesem Sündhaftigkeit gehabt. Die meisten haben gar nicht gewählt, andere haben keine Petition in die Urne auf dem Bureau geworfen. In anderen Betrieben haben die Indifferenzen die Namen von organisierten Vertretern aufgeschrieben. In einer Brauerei wurde die Wahl unmöglich, weil der Revolutionsarbeiter die Wahl in der Hofstätte brachte, nachdem er sie im Stall eingesammelt hatte. — Die Versammlung wurde folgerichtig mit einem Begeisterungsausbruch auf den Brauereiarbeiterverband geschlossen.

↑ Bremen. Tarifvertrag. Im vorigen Jahre wurde mit der Betriebsbrauerei Medenburger Bierbrauerei vereinbart, während die Kollegen dem Verbande noch angehörten, ein Tarifvertrag abgeschlossen, der zunächst nur eine einzige Gültigkeit hatte. Die dabei erzielten Verbesserungen waren allerdings nur minimale. Die Schulz bat nun den Verband, die heutigen Begriffe der Organisation recht lange nicht finden wollen. Durch Gewinnung neuer Abstimmegäste sollte die Brauerei eine gewisse Entwicklung in ihrem eigenen Gefolge bringen und auch die Organisation neu belebt werden.

Der nunmehr abgeschlossene Tarif zeigt denn auch bedeutend bessere Verhältnisse. Die Wochenlöhne wurden unter Bezeichnung der bisherigen geringeren Einstellungslöhne um 1 bis 2 Mt. erhöht. Zur jenen weiteren Tarifzulage erfolgt eine weitere Zulage von 1 Mt. pro Woche. Die Überstunden und Sonntagsarbeiten erfahren eine Erhöhung von 10 Pf. pro Stunde. Die Combi und Feiertagszulage ist mit 1 Mt. verhandelt. Ganzarbeiter erhalten für das Durcharbeiten der Stühle diese Zulage als Überstundenentlastung. Sinen alljährlichen Urlaub unter Berücksichtigung des Lohnes erhalten alle Arbeitnehmer zwei bis vier Tage. Dieser Tarif hat zweifellos eine gute Zukunft.

Geben Sie mir brauchbare Standardzahlen in diesem Be-

reich, und ich werde Ihnen eine Liste mit Ihnen zusenden.

dem Verbande fern. Sie werden noch Gelegenheit bekommen, um ihren Haftungsduell abzulegen.

↑ Böloho. Bei der Brauerei Wolbracht wurde ein Tarifvertrag eingereicht, der die Wünsche der Arbeiter dieses Betriebes in Bezug auf Lohn- und Arbeitszeit enthält. Es dürfte von der Firma zu erwarten sein, dass den verschiedenen Forderungen stattgegeben und den Tarifvertrag anerkannt. Herr Wolbracht hat ja bereits mit Arbeitszeitverkürzung den Anfang gemacht; auch hat er Lohnsteigerung in Aussicht gestellt, allerdings unter der Bedingung, dass von einem Tarifvertrag Abstand genommen werden soll. Herr Wolbracht will Herr im Hause bleiben! Wir wollen auf die Forderungen heute nicht eingehen, nur so viel wollen wir Herrn Wolbracht versetzen, dass er um den Tarifvertrag nicht herumkommt. Herr Wolbracht weiß doch, dass Hunderte von Verträgen mit Brauereien laufen, und die Herren sind immer noch Herren im Hause.

### Malzfabriken.

↑ Frankfurt a. O. Tarifvertrag. Durch Abschluss eines Tarifvertrages mit der Brauerei Wakenhäuser, Abteilung Frankfurt a. O., wurde für die dortigen Mälzereiarbeiter ein schöner Erfolg erzielt.

Die Arbeitszeit, welche bisher 10½ Stunden betrug, wurde auf 9½ Stunden herabgesetzt. Also eine Verkürzung von 1½ Stunden. Die Präsenzzeit beträgt 12 Stunden, statt bisher 13½.

Die Löhne, welche bisher 19 bis 21,50 Mt. betragen, steigern sich auf 20 bis 23 Mt. was fast für sämtliche Arbeitnehmer eine Steigerung von 2 Mt. pro Woche bedeutet. Die bereits geleisteten Dienstjahre kommen in Achtung. Ebenso erhält ein minderbezahlter Arbeiter, wenn er die Stelle eines besser bezahlten längere als acht Tage verrichtet, den Lohn des letzteren. Bei denjenigen Mälzern, die vorübergehend ausgestellt werden, gilt bei der Lohnsteigerung die Malzklampe für ein Jahr.

Etwas sehr zurücksiehende Verhältnisse bestanden bisher in der Bezahlung der Nebenarbeit. So wurde die siebente Schicht mit 1,50 bis 1,80 Mt. bezahlt, was im Durchschnitt pro Stunde 15 Pf. bedeutet. Weitere Nebenarbeit sowie die Sonntagsarbeit wurden dann mit 30 Pf. pro Stunde bezahlt. In Zukunft fällt die siebente Schicht fort und wird bei Nebenarbeit jede angefangene Stunde mit 40 Pf. vergütet. Diese Regelung bedeutet neben der beträchtlichen Verkürzung der Arbeitszeit einen ganz besonderen Erfolg.

Urlaub ohne Lohnabzug wird je nach der Dauer der Beschäftigung von 1 bis zu 6 Tagen gewährt. Die Bestimmungen des § 8 des B.G.W. finden in derselben Weise Anwendung, wie in den Berliner Ringbrauereien, mit der Maßgabe, dass, wenn durch die Vertragsverhandlungen in Berlin Verbesserungen geschaffen werden, diese auch für die Frankfurter Arbeitnehmung Anwendung finden, desgleichen auch beim Urlaub. Die Vertragszeit beträgt zwei Jahre.

Vergleicht man das Erreichte mit den bisherigen Verhältnissen, so kann konstatiert werden, dass unsere Mitglieder in der Verbesserung ihrer Lebenslage einen bedeutenden Schritt nach vorn getan haben. Mit einer einzigen Ausnahme gehören sie alle unserer Organisation an, woran die Kollegen der Frankfurter Brauereien und Biermühlen ersehen können, was durch eine gute Organisation geschaffen werden kann. Anerkennung muss auch werden, dass die Geschäftsleitung der Brauerei den Wünschen der Arbeiter Verständnis entgegenbrachte.

Durch die Kollegen in Frankfurt erwähnt aber nun die Aufgabe, nicht nur selbst fest zur Organisation zu halten, sondern unablässige Tätigkeit zu sein, bis auch der letzte Verfossollege in unserem Verbande aufgezählt ist. Dann werden wir vorwärts gehen müssen. Mit einer einzigen Ausnahme gehören sie alle unserer Organisation an, woran die Kollegen der Frankfurter Brauereien und Biermühlen ersehen können, was durch eine gute Organisation geschaffen werden kann. Anerkennung muss auch werden, dass die Geschäftsleitung der Brauerei den Wünschen der Arbeiter Verständnis entgegenbrachte.

Durch die Kollegen in Frankfurt erwähnt aber nun die Aufgabe, nicht nur selbst fest zur Organisation zu halten, sondern unablässige Tätigkeit zu sein, bis auch der letzte Verfossollege in unserem Verbande aufgezählt ist. Dann werden wir vorwärts gehen müssen. Mit einer einzigen Ausnahme gehören sie alle unserer Organisation an, woran die Kollegen der Frankfurter Brauereien und Biermühlen ersehen können, was durch eine gute Organisation geschaffen werden kann. Anerkennung muss auch werden, dass die Geschäftsleitung der Brauerei den Wünschen der Arbeiter Verständnis entgegenbrachte.

Vergleicht man das Erreichte mit den bisherigen Verhältnissen, so kann konstatiert werden, dass unsere Mitglieder in der Verbesserung ihrer Lebenslage einen bedeutenden Schritt nach vorn getan haben. Mit einer einzigen Ausnahme gehören sie alle unserer Organisation an, woran die Kollegen der Frankfurter Brauereien und Biermühlen ersehen können, was durch eine gute Organisation geschaffen werden kann. Anerkennung muss auch werden, dass die Geschäftsleitung der Brauerei den Wünschen der Arbeiter Verständnis entgegenbrachte.

Um die Versammelten einstimmig zur Annahme zu bringen, wurde der Tarifvertrag auf die Versammlung übertragen, die am 1. April stattfand.

↑ Darmstadt. Aus dem in der Generalversammlung vom Vorjahr erfassten Jahresbericht geht hervor, dass das abgelaufene Jahr für die Zahlstelle kein günstiges war. Die schwere Krise mit mit dem damit verbundenen Konjunkturdrang, der Bierbottoli in Folge der unerhörten Steuererhöhung und der Streit in der Mainzer Altenbrauerei und der zur Zahlstelle Darmstadt gehörigen Unionbrauerei stellten die größten Anforderungen an die Verwaltung. An dem Kampf in Groß-Gerau beteiligten sich 28 Männer. In direkter Streitunterstützung wurden ausgezahlt 6108,76 Mt., Wohnungszuzug aus der Postkasse erhielten dieselben 536 Mt. an sonstigen Ausgaben entstanden 1058,04 Mt., demnach insgesamt 7702,80 Mt. Der Erfolg dieses Kampfes war der Abschluss eines Tarifs, der immerhin bedeutende Verbesserungen für die Arbeiter brachte. Ausbezahlt wurden an Kollegen: Rentenunterstützung 400 Mt., Arbeitslosenunterstützung 184 Mt., Sterbegeld 15 Mt., außerordentliche Unterstützung 30 Mt. Gemäßgegenstellt: Unterstützung an Kollegen, die nach dem Streit in Groß-Gerau nicht mehr eingestellt wurden, 622,20 Mt., Unterstützung an Kollegen, die während des sogenannten Bierkrieges wochenweise feierten mithalten, 1184 Mt., an ausgefeuerter durchreisende Kollegen 66,50 Mt. und an in Not geratene Kollegen 102 Mt. aus der Postkasse; dies ergibt eine Gesamtdarleistungssumme ausdrücklich der Streitunterstützung von 2613,70 Mt. Zum Vergleich zur Mitgliederzahl ist dies ein bedeutender Beitrag und ist der Beweis erbracht, dass die Gewerkschaften praktische Arbeit zu leisten vermögen. An die idiosynkratischen Arbeiter wurden abgeführt aus der Postkasse 80 Mt., auf Sammellisten 88,20 Mt. Die Zahlstelle hatte einen Mitgliederstand bei Beginn des Jahres von 166, im Schluss derselben von 129; mitin ein Verlust von 36 Mitgliedern, der darauf zurückzuführen ist, dass einerseits in Groß-Gerau viele Kollegen verzogen sind, andererseits werden im Zahlstelleengebiete zur Zeit 50 Kollegen weniger beschäftigt. Zur Erledigung der Geschäfte waren 12 Versammlungen, 16 Fortbildungen und 20 Geschäftsbereichsbesprechungen nötig. Wenn man all dies betrachtet, ergibt sich, dass die Zahlstelle eine intensive Tätigkeit entfaltet hat und bestreit war, allen an sie gefallene Aufgaben gerecht zu werden, und man sollte meinen, dass dies alle Verantwortlichen verunsichert haben. Der Organisationsarbeiter bringt, glauben wir nicht, jedenfalls sollte Herr Pfeifer seinen Oberburschen nicht allzuviel schlagen und wolten lassen und seinen Einschränkungen weniger Gehör schenken. Bei seinem Einzug in die Brauerei hat Herr Pfeifer mehr auf pünktliche Einhaltung der Arbeitszeit gehalten, wie jetzt, wo er es ganz gut mit annehmen kann, wenn die Verantwortlichen Sonntag füllen möchten, und auch sonst Arbeiten verrichtet werden, die gelegentlich ungültig sind. Aber die liebste Polizei scheint das nicht zu sehen oder will sie es nicht sehen? Die Arbeiter müssen sich selbst helfen, wenn ihnen geholfen werden soll und das können sie nur durch eine starke Organisation. Also trete ein jeder derselben bei, nur dann kann es besser werden.

↑ Langenberg i. W. Die Kritik der Zustände in den Brauereien in Langenberg hat bereits eine Wirkung gezeigt. Am Sonntagmorgen, 18. Februar, wurden zahlreiche Arbeiter der Brauerei Langenberg nach der Brauerei befohlen. Als alle im Hof der Brauerei versammelt waren, wurden zwei vertrauenswürdige Arbeiter dazu bestimmt, als Posten vor dem Tor zu stehen, damit ein Unberührer hinzutreten würde. Gleichzeitig wurde ein Auto der Borsig-Werke in den Hinterhof und nach einiger Zeit ein anderer Großkoffer abgelegt. Auch sonstige Gäste fanden sich ein. Später kam noch vier Autos vor der Brauerei.

Was war hier die Motivation? — Pfeifer wurde den Arbeitern dieser Brauerei nach Angabe seiner Freunde — soll offenbar nicht offenkundig sein, was beim Brauereibauern einfließt. Die Kritik der Zustände in den Brauereien in Langenberg hat bereits eine Wirkung gezeigt. Am Sonntagmorgen, 18. Februar, wurden zahlreiche Arbeiter der Brauerei Langenberg nach der Brauerei befohlen. Als alle im Hof der Brauerei versammelt waren, wurden zwei vertrauenswürdige Arbeiter dazu bestimmt, als Posten vor dem Tor zu stehen, damit ein Unberührer hinzutreten würde. Gleichzeitig wurde ein Auto der Borsig-Werke in den Hinterhof und nach einiger Zeit ein anderer Großkoffer abgelegt. Auch sonstige Gäste fanden sich ein. Später kam noch vier Autos vor der Brauerei.

Was war hier die Motivation? — Pfeifer wurde den Arbeitern dieser Brauerei nach Angabe seiner Freunde — soll offenbar nicht offenkundig sein, was beim Brauereibauern einfließt. Die Kritik der Zustände in den Brauereien in Langenberg hat bereits eine Wirkung gezeigt. Am Sonntagmorgen, 18. Februar, wurden zahlreiche Arbeiter der Brauerei Langenberg nach der Brauerei befohlen. Als alle im Hof der Brauerei versammelt waren, wurden zwei vertrauenswürdige Arbeiter dazu bestimmt, als Posten vor dem Tor zu stehen, damit ein Unberührer hinzutreten würde. Gleichzeitig wurde ein Auto der Borsig-Werke in den Hinterhof und nach einiger Zeit ein anderer Großkoffer abgelegt. Auch sonstige Gäste fanden sich ein. Später kam noch vier Autos vor der Brauerei.

Was war hier die Motivation? — Pfeifer wurde den Arbeitern dieser Brauerei nach Angabe seiner Freunde — soll offenbar nicht offenkundig sein, was beim Brauereibauern einfließt. Die Kritik der Zustände in den Brauereien in Langenberg hat bereits eine Wirkung gezeigt. Am Sonntagmorgen, 18. Februar, wurden zahlreiche Arbeiter der Brauerei Langenberg nach der Brauerei befohlen. Als alle im Hof der Brauerei versammelt waren, wurden zwei vertrauenswürdige Arbeiter dazu bestimmt, als Posten vor dem Tor zu stehen, damit ein Unberührer hinzutreten würde. Gleichzeitig wurde ein Auto der Borsig-Werke in den Hinterhof und nach einiger Zeit ein anderer Großkoffer abgelegt. Auch sonstige Gäste fanden sich ein. Später kam noch vier Autos vor der Brauerei.

Was war hier die Motivation? — Pfeifer wurde den Arbeitern dieser Brauerei nach Angabe seiner Freunde — soll offenbar nicht offenkundig sein, was beim Brauereibauern einfließt. Die Kritik der Zustände in den Brauereien in Langenberg hat bereits eine Wirkung gezeigt. Am Sonntagmorgen, 18. Februar, wurden zahlreiche Arbeiter der Brauerei Langenberg nach der Brauerei befohlen. Als alle im Hof der Brauerei versammelt waren, wurden zwei vertrauenswürdige Arbeiter dazu bestimmt, als Posten vor dem Tor zu stehen, damit ein Unberührer hinzutreten würde. Gleichzeitig wurde ein Auto der Borsig-Werke in den Hinterhof und nach einiger Zeit ein anderer Großkoffer abgelegt. Auch sonstige Gäste fanden sich ein. Später kam noch vier Autos vor der Brauerei.

Was war hier die Motivation? — Pfeifer wurde den Arbeitern dieser Brauerei nach Angabe seiner Freunde — soll offenbar nicht offenkundig sein, was beim Brauereibauern einfließt. Die Kritik der Zustände in den Brauereien in Langenberg hat bereits eine Wirkung gezeigt. Am Sonntagmorgen, 18. Februar, wurden zahlreiche Arbeiter der Brauerei Langenberg nach der Brauerei befohlen. Als alle im Hof der Brauerei versammelt waren, wurden zwei vertrauenswürdige Arbeiter dazu bestimmt, als Posten vor dem Tor zu stehen, damit ein Unberührer hinzutreten würde. Gleichzeitig wurde ein Auto der Borsig-Werke in den Hinterhof und nach einiger Zeit ein anderer Großkoffer abgelegt. Auch sonstige Gäste fanden sich ein. Später kam noch vier Autos vor der Brauerei.

Was war hier die Motivation? — Pfeifer wurde den Arbeitern dieser Brauerei nach Angabe seiner Freunde — soll offenbar nicht offenkundig sein, was beim Brauereibauern einfließt. Die Kritik der Zustände in den Brauereien in Langenberg hat bereits eine Wirkung gezeigt. Am Sonntagmorgen, 18. Februar, wurden zahlreiche Arbeiter der Brauerei Langenberg nach der Brauerei befohlen. Als alle im Hof der Brauerei versammelt waren, wurden zwei vertrauenswürdige Arbeiter dazu bestimmt, als Posten vor dem Tor zu stehen, damit ein Unberührer hinzutreten würde. Gleichzeitig wurde ein Auto der Borsig-Werke in den Hinterhof und nach einiger Zeit ein anderer Großkoffer abgelegt. Auch sonstige Gäste fanden sich ein. Später kam noch vier Autos vor der Brauerei.

Was war hier die Motivation? — Pfeifer wurde den Arbeitern dieser Brauerei nach Angabe seiner Freunde — soll offenbar nicht offenkundig sein, was beim Brauereibauern einfließt. Die Kritik der Zustände in den Brauereien in Langenberg hat bereits eine Wirkung gezeigt. Am Sonntagmorgen, 18. Februar, wurden zahlreiche Arbeiter der Brauerei Langenberg nach der Brauerei befohlen. Als alle im Hof der Brauerei versammelt waren, wurden zwei vertrauenswürdige Arbeiter dazu bestimmt, als Posten vor dem Tor zu stehen, damit ein Unberührer hinzutreten würde. Gleichzeitig wurde ein Auto der Borsig-Werke in den Hinterhof und nach einiger Zeit ein anderer Großkoffer abgelegt. Auch sonstige Gäste fanden sich ein. Später kam noch vier Autos vor der Brauerei.

Was war hier die Motivation? — Pfeifer wurde den Arbeitern dieser Brauerei nach Angabe seiner Freunde — soll offenbar nicht offenkundig sein, was beim Brauereibauern einfließt. Die Kritik der Zustände in den Brauereien in Langenberg hat bereits eine Wirkung gezeigt. Am Sonntagmorgen, 18. Februar, wurden zahlreiche Arbeiter der Brauerei Langenberg nach der Brauerei befohlen. Als alle im Hof der Brauerei versammelt waren, wurden zwei vertrauenswürdige Arbeiter dazu bestimmt, als Posten vor dem Tor zu stehen, damit ein Unberührer hinzutreten würde. Gleichzeitig wurde ein Auto der Borsig-Werke in den Hinterhof und nach einiger Zeit ein anderer Großkoffer abgelegt. Auch sonstige Gäste fanden sich ein. Später kam noch

Spitzen des Kreises Wiedenbrück zu begehen? Wir sind der Überzeugung, daß je bescheidener derartige Wohltätigkeitsakte sich vollziehen, desto mehr werden sie gewürdigt. Außerdem sind wir über der Ansicht, daß hier von Wohltätigkeit gar nicht die Rede sein kann. Wir hatten ja in voriger Nummer die Löhne veröffentlicht, die in Langenberg begahlt werden. Danach muß man sich überhaupt darüber wundern, daß ein Arbeiter bei diesen miserablen Löhnen es 25 Jahre in einem solchen Betriebe aushalten konnte. Das würde auch gar nicht möglich sein, wenn diese Arbeiter nicht nebenbei noch das Land des Herrn Dittmann urbar machen und so noch einige Bodenerzeugnisse für ihren Lebensunterhalt gewinnen würden. Diese Arbeit müssen sie aber entweder vor Beginn oder nach Beendigung der Arbeitszeit bei Dittmann verrichten. Wir wissen aber, daß die Arbeitszeit der dortigen Arbeiter ohnedies reichlich bemessen ist, sie beauftragt sich auf durchschnittlich 16 bis 17 Stunden. Nun sind die Arbeiter der dortigen Brauereien aber immer noch in dem Wahne besangen, daß, wenn sie auf den gemieteten oder eigenen Feldern außer ihrer Arbeitszeit arbeiten, sie für sich arbeiten. Das ist ein ganz großer Irrtum, weil sie eigentlich auch hier für die dortigen Brauereibesitzer arbeiten. Denn würden die dortigen Arbeiter nur auf ihnen in der Brauerei verdienten Lohn angewiesen sein, so könnten sie bei der heute so verkiezten Lebenshaltung überhaupt nicht existieren. Die Folge davon würde sein, daß, wenn sie nicht ganz im Elend verkommen wollten, eine Erhöhung der Löhne vorgenommen werden müßte. Einer solchen Lohnnerhöhung aber würden sich die Unternehmer widersetzen. Also blieben den Arbeitern nichts übrig, als sich zusammenzutun, sich zu organisieren und sich ihrer Organisation, dem Brauereiarbeiterverband, anzuschließen, um dadurch den Kampf um bessere Existenzbedingungen aufnehmen zu können. Die Brauereibesitzer versuchen mit allen Mitteln die Organisierung der Brauereiarbeiter zu verhindern und treten so das Koalitionsrecht mit. So lange aber die Arbeiter nicht eintreten, daß auch die Arbeit, die außerhalb der Brauerei auf den Feldern von ihnen verrichtet wird, den Brauereibesitzern zugute kommt, so lange werden die Verhältnisse sich dort nicht verbessern, weil den Unternehmern die schlechte Entlohnung ihrer Arbeiter möglich ist.

Wie sieht es denn mit den beiden Arbeitern aus, die auf einmal ein so schönes Geschenk erhalten, oder sagen wir lieber, die einen Teil ihres seit 25 Jahren ihnen vorenthaltenen Lohnes nachträglich empfangen haben. Der eine davon ist schon mehrere Monate überrückt, der andere aber ist gar schon einige Jahre über 25 Jahre im Betrieb. Wie nun, Herr Dittmann, wenn dieser inzwischen gestorben wäre, dann hätten Sie jedenfalls die 500 M. gespart! Gerade dieser hätte sich einmal früher bei Ihrem Herrn Braumeister Stürz erkundigt, ob er die 500 M. nicht bekomme. Die Antwort des Braumeisters war: "Das kann Herr Dittmann machen wie er will". Daraus geht hervor, daß wir recht haben, wenn wir behaupten, daß, wenn wir uns nicht mit den dortigen Brauereien beschäftigt hätten, die beiden Arbeiter auf ihre 500 M. hätten warten können bis zum Sankt Klemensitag. Wir sind auch der Überzeugung, daß, wenn es Herrn Dittmann gelingt, der Bewegung Herr zu werden, er es später wieder vergeben wird, den Arbeitern, wenn sie 25 Jahre gehungert haben, die 500 M. zu geben. Wir werden uns aber so lange mit diesen Brauereien beschäftigen, bis auch den dortigen Brauereiarbeitern ihr Koalitionsrecht wird, bis man auch dort die Organisationen der Arbeiter anerkennt, trotz des Wiedenbrücker Landrats. Dann wird es nicht mehr möglich sein, daß den dortigen Arbeitern 25 Jahre und noch länger der ihnen zugeschneide Lohn vorenthalten wird, dann wird dafür gesorgt werden, daß ihnen gleich ein den heutigen Verhältnissen angepaßter Lohn gezahlt wird.

Von den Reden, die gehalten wurden, könnten wir noch nichts in Erfahrung bringen, hoffen aber bei dem und günstigsten Blütte, dies bald nachholen zu können. Den Arbeitern aber müssen wir ernst zurufen: Schließt Euch dem Brauereiarbeiterverbande an!

**Lindau i. B.** Ein Oster der Arbeit wurde unter langjähriges, treues Mitglied Joseph Hartinger, welcher in der Brauerei zu Höchstädt bei Lindau i. B. Besitzer Fritz Schlechter, beschäftigt war. Der selbe wurde mit Beifall eines Raumes, in welchem die Transmissionswelle im Betrieb war, bestattet, wobei ihm die Transmissionswelle erschafte und gegen die Wand schlugert. Die Kleider wurden ihm buchstäblich vom Leibe gerissen. Er erlitt hierbei einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen; der Tod trat nach einer Stunde ein. Wir verlieren in ihm einen ernsten, pflichtbewußten Kollegen. Dieser Fall wird noch ein gerichtliches Radikal zeitigen.

**Mannheim.** Eine Warnung an Arbeitswillige. Zu Beginn des Streiks in Mainz und Co. Gerau ging der Brauerei Friedrich Haag aus der Brauerei Duttauer Hof in Mannheim nach Co. Gerau als Arbeitswilliger. Als ihm der Boden dort zu heiß wurde, berührte er wieder in seine frühere Arbeitsstelle unterzukommen, was ihm auch gelang. Die Kollegen lehrten es aber eindeutig ab, mit Haag weiter zusammen zu arbeiten. Das sah dann auch die Betriebsleitung ein, daß sie den Leuten das nicht zutrauen konne, und ließ Haag gehen.

**Witten.** Am 20. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem Jahresbericht betrug die Einnahme 261 M., die Ausgabe 75,19 M., an die Hauptklasse wurden 285,81 M. gekauft. Der Vorsitzende betonte, daß das verflossene Jahr ein besonders ungünstiges für die Zahlstelle war. Die wirtschaftliche Krise und die ungewisse Fortentwicklung der arbeitenden Kräfte haben auch im heutigen Oste ihre Wirkung nicht verfehlt. Einige Gütergang eines Betriebes, wo 8-9 Kollegen beschäftigt waren, sowie Veränderung der Arbeitskräfte trugen dazu bei, daß auch der Mitarbeiter jüngst aufgab. Das dieses Jahr besser abschließe, hängt sehr stark von der Mitarbeit aller Kollegen. Auch im Bericht über die Konferenz legte der Delegierte den Ernst der Situation dar. Die Zeiträume der Kollegen mögen verändert werden, wenn nicht andere Zeiträume als jene der konkurrierenden Kollegen eingeschlagen sollen. Die Arbeitsbeschaffung am Oste liegt sehr im Angen, das Überlebensstreben ohne Vergütung steht in Blöße. Ausdrückungen erfolgen, trotzdem die Arbeit nicht zu bewältigen ist. Deshalb ergibt der Wille an alle Kollegen zur ehrlichen Agitation.

## Zusammenfassung.

**Das Ergebnis des ersten Schnapsabends.** Die Folgen der Lohnnerhöhung machen sich überall zum Schaden der Brauereiarbeiter bemerkbar. Und die Aktienbrauerei Pöhlitz bei Zwickau erhöhte jetzt ihrer Sicherer wegen Arbeitsmangel durch Rückzahlungen der Nachzahlungszinsen die Betriebsleitung die Rendite vom zwei zum drei. Die wissenschaftliche Untersuchung erforderte die Betriebsleitung, daß sich der Abstand des Bieres von 1. September 1909 bis 1. März 1910 um 6000 Hektoliter herabsetzt. Sollten die Brauerei nicht gleichzeitig eingreifen, so könnte mir Einsicht in die Sicherer stehen. Sicherheit wurde festgestellt und vom Betriebsratmann jetzt befürchtet, daß in der Weißbierproduktion 1909 zu 1910 um 26 Prozenturteile herabgesetzt werden gehen. Das ist ein zweiter Schaden, der Sicherheitsarbeiter, durch die Sicherheitsabteilung ihrer Erfüllung verhindert gehen. Die Sicherer, in besondere Sicherungen, die die Sicherheitsabteilung durch hat der Sicherheitsabteilung auf dem Schädel, und der allen Diagnosen das

Zentrum, das den Arbeitern die Existenz nimmt und ihnen die Entschädigung aus Prinzip verweigert.

Das volksfeindliche Treiben der Schnapsabkömmlinge und der Alegierung, worüber die Kollegen allüberall immer mehr aufgedrängt werden müssen, zeigt den Kollegen aufs neue die Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses in ihrer Organisation: den Brauereiarbeiterverband!

### Ein neuartiger Agitator.

Dr. Hallbauer, Direktor der Lauchhammerwerke in Schlesien, machte eine Studienreise durch Amerika und gab dort einem Mitarbeiter der New Yorker "Sun" folgendes Urteil über die deutschen Arbeiter zum besten:

"Der amerikanische Arbeiter gebraucht bei seiner Arbeit den Verstand viel mehr als der deutsche. Er (Dr. Hallbauer) habe seine Arbeiter vorgeblich zu bewegen versucht, sich zu bilden und in demselben Geiste zu arbeiten wie ihre amerikanischen Kollegen, etwas Selbstständigkeit und Initiative zu zeigen. Der deutsche Arbeiter begnügte sich mit veraltetem Werkzeug; er möge gar kein gutes, modernes Werkzeug! Die Folge dieser Rückständigkeit sei, daß der deutsche Arbeiter in einem guten Monat nur soviel leiste, wie sein amerikanischer Kollege in elf Tagen." Wm.

Das war selbst den bisher unterdrückten Arbeitern des Werkes zu dumm, zumal Herr Hallbauer in einem Flugblatt vor der Reichstagssitzung 1907 die Leistungsfähigkeit und Verdienste der Arbeiter um die Erhebung des Werkes gelobt und auch bei seinem 25jährigen Jubiläum die Tüchtigkeit seiner Arbeiter hoch angerechnet hatte. In einer gewaltigen Protestversammlung protestierte die Arbeiterschaft gegen die Neuerungen ihres Direktors, trotzdem die Beamten des Werkes den Trick verjüchten, falsche Leistungserklärung der Worte Hallbauers vorzuschützen, und gaben 1000 Mann beschlossen den Eintritt in die Organisation.

Das bayrische Zentrum gegen die Arbeitslosen-Berücksichtigung.

Das Zentrum hat die Mittel zur Einführung der Arbeitslosenberücksichtigung in Bayern verweigert!

Zum ersten Male beschäftigte die bayrische Abgeordnetenkammer sich mit der Frage der Arbeitslosenberücksichtigung im Jahre 1908 auf Grund eines Antrages Simon und Genossen. Der Antrag ging dahin, daß den Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren, Zuschüsse aus Staatsmitteln bewilligt werden sollten.

Der Antrag fand, den Bauernbund ausgenommen, die sachliche Zustimmung aller Parteien, auch des Zentrums. Im August und dann später auch im Plenum wurden jedoch Anträge mehr vorbereitet Natur angenommen.

Um nun die Angelegenheit aus dem Stadium der theoretischen Erörterungen in die Praxis zu überführen, stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, für Zwecke der Arbeitslosenversicherung 150 000 M. in den Etat einzustellen. Daraus sollten diejenigen Städte, welche die Arbeitslosenversicherung einführen, Staatszuschüsse bis zu 50 Proz. ihres Aufwandes erhalten.

Am 3. November 1909 fand die Plenarberatung statt. Die Zentrumsräder äußerten sich sehr sympathisch, so daß man nach dem Verlaufe der Diskussion annehmen durfte, daß das ganze Zentrum mit Energie für den Antrag einzutreten werde. Der Antrag wurde in den sozialen Ausschuss verweisen.

Am 10. Februar 1910 stand er im Ausschusse zur Verhandlung. Der Korrespondent Königbauer, christlicher Arbeitersekretär, befürwortete die Ablehnung des Antrages mit der Motivierung, daß bis heute die Städte noch keine Arbeitslosenversicherung eingeführt hätten und man Zuschüsse doch erst dann bewilligen könne, wenn das geschehen sei. Das ist natürlich nichts anderes als eine faule Ausrede. Wenn die Gewährung des Staatszuschusses sollte das Stifts verteilen und dadurch erst die Städte aufmuntern, an die Arbeitslosenversicherung heranzutreten.

Die Zentrumsräder, besonders die Arbeitervertreter unter ihnen, haben wieder aufs neue gezeigt, daß sie zwar sehr schöne Reden, aber nur sogeniale Zitate für die Arbeiter haben.

### Konzentration im Spiritusgewerbe.

Einen weiteren Schritt zur Konzentration in der Spiritusindustrie bedeutet die nach Generalversammlungsbeschlüssen der Bank für Spiritus- und Produkthandel und der Rosener Spiritusaktiengesellschaft vollzogene Verschmelzung dieser beiden Unternehmen. Die Rosener Gesellschaft, die ihren Hauptsitz nach Berlin verlegte, und nunmehr große Fabriken in Lichtenberg bei Berlin, Bozen und Magdeburg besitzt, erhöhte jüngst die Verhälzung der Betriebsmittel das Aktienkapital von 1,35 auf zwei Millionen Mark.

### Reichenbach i. S.

Bieder haben mir einen treuen Kollegen durch Tod verloren, den Biedner.

### Gustav Schröder.

Wir werden sein Andenken in Ehre halten.

### Zahlstelle Stuttgart.

### Raiffeisen.

Im besten Altersalter von 39 Jahren ward plötzlich unser treuer Kollege, der Bader.

### Willy. Göttsche.

Ein ehrendes Andenken wird ihm gewidmet.

### Zahlstelle Niedersberg.

### Raiffeisen.

Am 14. März verließ nach langem Leben unser Kollege, der Bader.

### Karl Pehold.

im Alter von 60 Jahren. Er war uns ein treuer, werter Kollege und werden viele Freunde in ihm hellen. Die Freude der Brauerei.

### Raiffeisen.

Unseren K. Schleifer verloren

### Reichenbach i. S.

Unseren K. Schleifer verloren